

- TOP 5: „Klimaneutrales Rheinland-Pfalz“ - Einrichtung einer Lenkungsgruppe auf Staatssekretärebene sowie einer ressortübergreifenden Projektgruppe**
- Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität -

Beschluss:

1. Der Ministerrat nimmt die Ministerratsvorlage des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität zur Kenntnis.
2. Der Ministerrat beschließt die Einsetzung einer Lenkungsgruppe zur Umsetzung des Regierungsschwerpunkts „Klimaneutrales Rheinland-Pfalz“ auf Ebene der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre unter Federführung des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität. Weitere ständige Mitglieder der Lenkungsgruppe sind der Chef der Staatskanzlei, das Ministerium der Finanzen, das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau und das Ministerium des Innern. Alle weiteren Ministerien sind nicht-ständige Mitglieder der Lenkungsgruppe.
3. Der Ministerrat beauftragt die Lenkungsgruppe, zur Vorbereitung der eigenen Arbeit eine ressortübergreifende koordinierende Projektgruppe „Klimaneutrales Rheinland Pfalz“ unter Federführung des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität einzurichten. Es nehmen von den Ressorts benannte Klimaschutzkoordinatorinnen und -koordinatoren teil.

Erläuterungen:

Die Regierungskoalition hat in ihrem „Zukunftsvertrag Rheinland-Pfalz 2021 bis 2026“ drei Regierungsschwerpunkte festgelegt. Einer der Schwerpunkte des Regierungshandelns der kommenden Jahre ist das Erreichen der Klimaneutralität in einem Korridor der Jahre zwischen 2035 und 2040. Mit dem Beschluss des Ministerrates werden ressortübergreifende Gremien eingesetzt und mit der Initiierung, der Koordinierung, dem Monitoring und der Nachsteuerung von Maßnahmen zur

Zielerreichung beauftragt. Es wird ein meilensteinbasierter Steuerungsansatz gewählt, um wissenschaftlich basierte Sektorenziele auf Basis von Treibhausgasbudgets umzusetzen. Für die Lenkungsgruppe wird federführend das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität dem Ministerrat künftig regelmäßig zur Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Klimaschutzmaßnahmen sowie im Rahmen eines regelmäßigen Klimafortschrittsberichts über den Grad der Zielerreichung berichten.